

P R e s s e

S P i e g e l

## Polen - Pressespiegel 48/2023 vom 30.11.2023

---

*Das finden Sie in dieser Ausgabe*

- *Außenpolitik: Polen kehrt nach acht Jahren auf die europäische Bühne zurück*
- *Tusk will die Finanzierung der In-vitro-Fertilisation wiederherstellen. Es ist bereits klar, wie Duda reagieren wird*
- *Tusk über Untersuchungsausschüsse, Abtreibung, TVP-Sender und Nationaler Wiederaufbauplan. „Ich werde ein Weihnachtsgeschenk für die Polen haben“.*
- *Tusk ist gegen Änderungen der EU-Verträge*
- *Rechte Abgeordnete dämonisieren In-vitro-Befruchtungen: Das Töten von Brüdern und Schwestern. Ein Arzt erklärt, was wahr daran ist*
- *Marek Suski „Klimablödsinn des Jahres“ leitet den Klimaausschuss. „Ich hoffe, er hat sich weitergebildet“*

*Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche*

## Außenpolitik: Polen kehrt nach acht Jahren auf die europäische Bühne zurück



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Marcin Zaborowski**

**M**arcin Zaborowski war von 2010-15 Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten. Derzeit arbeitet er bei der Denkfabrik GLOBSEC, wo er das Programm für internationale Sicherheit leitet.

Nach acht Jahren einer Außenpolitik, deren einzige Vektoren Deutschfeindlichkeit und Klage gegenüber der Welt waren, haben wir die Chance, in das Herz der EU zurückzukehren, eine starke Position in der Region einzunehmen und eine Rolle als zuverlässiger Partner für die Vereinigten Staaten zu spielen. Aber es gibt kein Zurück zu dem Zug, aus dem uns die PiS 2015 herausgerissen hat. Die internationale Lage ist heute unvergleichlich schwieriger: Russland befindet sich im Krieg mit unserem Nachbarn und seine Raketen landen auf polnischem Gebiet. China macht keinen Hehl daraus, dass es sich auf eine Konfrontation mit den USA vorbereitet und Russland wirtschaftlich kräftig unterstützt. Polen steht vor der Aufgabe, seine Position in der Europäischen Union und in der Region in einer Situation zunehmender Bedrohung, Unsicherheit und Schwächung der Position des Westens wiederaufzubauen. Diese Aufgabe erfordert es, sich nicht nur von Interessen, sondern auch von Werten leiten zu lassen.

## **Der Weg in den Westen führt durch Deutschland**

Die Polen haben sich immer für den Westen entschieden, praktisch seit Beginn der Staatlichkeit. Vom Westen haben wir die Taufe und das lateinische Alphabet übernommen. Wie die gesamte westliche Welt erlebten wir die Renaissance, die Aufklärung und die Romantik. Eingeklemmt zwischen einem expansiven Russland und einem expansiven Preußen verlor die Rzeczpospolita ihre Staatlichkeit, aber kulturell blieben wir Teil des Westens.

Der Verbleib im Westen erfordert gute Beziehungen zu Berlin. Die deutsch-polnische Aussöhnung nach 1989 hat es uns ermöglicht, schnell den westlichen Institutionen, vor allem der Europäischen Union, beizutreten, so dass wir den zivilisatorischen Abstand zum westlichen Teil der EU rasch aufholen. Natürlich hat Polen das Recht, Deutschland für seine Fehler und das voreilige Auslöschen beschämender Seiten der Geschichte zu tadeln. Die deutsche Politik gegenüber Putins Russland war falsch. Es besteht jedoch eine Kluft zwischen der legitimen Kritik an der Berliner Politik und einer auf Germanophobie basierenden Außenpolitik der PiS.

Zu einer ausgereiften Außenpolitik gehört die Fähigkeit, Beziehungen zu Partnern aufzubauen, mit denen wir in bestimmten Aspekten vielleicht nicht übereinstimmen. Vor allem, wenn es sich um unseren Verbündeten und größten Handelspartner handelt.

Wir stehen heute vor der Chance, ein Verhältnis zu erneuern, das für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand von grundlegender Bedeutung ist und neben dem deutsch-französischen Verhältnis eine der beiden wichtigsten strategischen Achsen in Europa darstellt. Infolge der Ereignisse jenseits der Ostgrenze nimmt die Bedeutung der deutsch-polnischen Achse weiter zu, und der Schwerpunkt der gesamten Europäischen Union verlagert sich nach Osten. Für Polen bietet sich die große Chance, als Bindeglied zwischen der Ukraine und den anderen Staaten der östlichen Nachbarschaft und Westeuropa zu fungieren, in denen Deutschland eine zentrale Rolle spielt. Wenn Warschau in diesem Prozess mit Berlin kooperiert, gewinnt es an Bedeutung und stärkt seine eigene Sicherheit. Andererseits wird ein Warschau, das sich die Gelegenheit nicht entgehen lässt, an Deutschland „heranzukommen“, früher oder später von seinen östlichen Nachbarn übersehen werden, die über unsere Köpfe hinweg und unter Ausschluss unserer Interessen Beziehungen zu Deutschland und dem übrigen Westeuropa aufbauen werden.

## **Der Marsch in die Eurozone**

Als 2004 sich die Polen in einem Referendum für den Beitritt zur Europäischen Union entschieden, erhofften sich viele ein besseres Leben und eine Weiterentwicklung der Zivilisation. Für uns bedeutete die Europäische Union vor allem eine bessere, reichere Welt. Das geopolitische Argument war nicht weniger wichtig. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union tauschten wir die Falle, die uns die Geografie gestellt hatte, gegen die Chance, eine Brücke zwischen dem Osten und dem Westen Europas zu werden. Polen, das in einer sensiblen Region liegt, braucht ein geeintes Europa wie ein Fisch das Wasser. Wir kennen die Alternativen aus der Vergangenheit, vor allem aus der Zwischenkriegszeit, in der die mitteleuropäischen Staaten zum Objekt der Rivalität eines geteilten Europas wurden. Die Ergebnisse waren elendig. Ein geteiltes Europa ist eine Bedrohung für Polen. Andererseits wird ein Europa, das ein loser Zusammenschluss von Staaten ist, die nur durch einen freien Markt vereint sind - das ist das von der

PiS beworbene Projekt - früher oder später auseinanderbrechen, wie Jarosław Kaczyński mehr als einmal angedeutet hat. Eine engere europäische Integration ist für Polen und andere mittelgroße und kleinere Länder von größerem Nutzen.

Damit Polen jedoch der europäischen Integration tatsächlich die Richtung geben kann, die es als fünfte Volkswirtschaft der EU anstrebt, muss es dem inneren Kern des Clubs angehören, was die Einführung einer gemeinsamen Währung bedeutet. Die PiS sträubt sich dagegen und verängstigt die Wählerschaft mit der imaginären Drohung angeblicher Verteuerungen. Kaczyńskis Partei hingegen sagt nichts zu den Kreditkosten, die in Polen fast doppelt so hoch sind wie in den Ländern der Eurozone. Die Unterschiede bei den Zinssätzen und der Währungsstabilität schlagen sich in konkreten wirtschaftlichen Vorteilen nieder, die zum Beispiel von unseren südlichen Nachbarn, die vor 20 Jahren die gemeinsame Währung eingeführt haben, sehr positiv wahrgenommen werden. Heute sprechen sich 81 Prozent der Slowaken für die gemeinsame Währung aus.

(...)

### **Stark in der Region**

In den Jahren der PiS-Herrschaft hat sich die Visegrad-Kooperation, die zunächst durch das ungarisch-polnische Tandem geschwächt und dann durch die krenlfreundliche Politik Viktor Orbáns zerrüttet wurde, verschlechtert. Heute orientieren sich die Tschechen und Slowaken offen an der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen des slawischen Dreiecks, in dem Polen und Ungarn nicht vertreten sind und Österreich die Hauptrolle spielt. Der von Warschau unterbreitete Vorschlag, die Region im Rahmen der von Präsident Andrzej Duda vorgeschlagenen Trilateralen Initiative zu organisieren, hat sich nicht bewährt. Die Länder der Region waren zwar bestrebt, sich auf Gipfeltreffen zu treffen, investierten aber keine Mittel im Rahmen des Trilateralen Fonds, der die Schaffung von Energie- und Straßeninfrastrukturen in Nord-Süd-Richtung fördern sollte. Das mangelnde Interesse an der Trilateralen Initiative in der Region ist auf zwei grundlegende Mängel dieses Projekts zurückzuführen.

Erstens träumt nicht jeder in der Region von einer polnischen Führungsrolle, im Gegensatz zu dem, was Politiker der PiS glauben. Zweitens war die Vision, einen Block gegen die angebliche deutsch-französische Vorherrschaft in der EU zu bilden, ein Problem. Vor die Wahl gestellt zwischen einem von der PiS regierten Polen und Deutschland, mit dem sie unvergleichlich engere wirtschaftliche Beziehungen unterhalten, stellen sich die Staaten der Region stets auf die Seite Berlins und sind misstrauisch gegenüber Initiativen, die ihre Beziehungen zu Deutschland schwächen könnten.

Gleichzeitig bedarf es einer stärkeren und konstruktiven Präsenz Polens, das als größter Staat Mitteleuropas für den Aufbau regionaler Initiativen, insbesondere solcher, die die Koordinierung innerhalb der EU und der NATO fördern, unerlässlich ist. Solange Viktor Orbán in Ungarn an der Macht ist, wird die Visegrad-Zusammenarbeit behindert. Andererseits gibt es keinen Grund, warum Polen die Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei, nicht stärken sollte. Der Ausbau der Straßen-, Schienen- und Energieinfrastruktur auf der Nord-Süd-Achse ist durchaus sinnvoll, ebenso wie die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit, die ohne einen großen Staat umgesetzt werden kann. Es gibt keinen Grund, warum unsere drei Länder nicht pragmatisch bei der Beschaffung von Munition zusammenarbeiten sollten, was den Preis für das Geschäft erheblich senken kann.

Ähnlich verhält es sich im Ostseeraum, wo sich das sicherheitspolitische Umfeld nach dem Beitritt Finnlands und bald auch Schwedens zur NATO grundlegend verändert. Die Ostflanke des Bündnisses wird somit um die nördliche Dimension bereichert. Polen, die baltischen Staaten sowie Schweden und Finnland verfügen über erhebliche Verteidigungskapazitäten. Die regionale Zusammenarbeit in der nordöstlichen Dimension kann ein wirksames Instrument zur Abschreckung eines aggressiven Russlands werden. Polen ist in der Tat ein natürliches Bindeglied zwischen der nördlichen und der südlichen Dimension Mittel- und Osteuropas. Mit einer konstruktiven Haltung, Respekt gegenüber seinen Partnern und ohne seine Nachbarn in Konflikte mit anderen Ländern zu stürzen, bestehen gute Chancen, dass Polen eine seiner Größe angemessene Rolle in der Region spielen wird.

### **Polnisch-ukrainisches Tandem**

Die Ukraine ist einer der beiden wichtigsten Nachbarn für Polen. Die Beziehungen zu diesem Land sind auch eine der wenigen, die die PiS nicht grundlegend gestört hat. Dank der spontanen Reaktion der polnischen Gesellschaft auf die russische Invasion begann Polen in der Ukraine als der engste Freund Kiews zu gelten. Man kann hinzufügen, dass sich die PiS-Regierung auch der Situation gewachsen zeigte, indem sie das Gesundheits- und Bildungssystem öffnete und den ukrainischen Bürgern andere Quasi-Bürgerrechte einräumte und die Ukraine in kritischen Momenten des Krieges massiv mit Waffen versorgte. Kurzum, Polen hat bewiesen, dass die Ukraine auf Polen zählen kann.

Die Frage ist nun, ob es dieser viel gepriesenen Freundschaft gelingen wird, eine strategische Beziehung aufzubauen, die Polens Gewicht und Bedeutung in Europa verändern kann. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Warschau, Paul Jones, hat vor Kurzem einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Auffassung vertritt, dass die polnisch-ukrainischen Beziehungen in Zukunft die wichtigste strategische Achse in Europa sein werden. Diese schöne Vision wurde jedoch durch ein Problem behindert, das in den letzten Wochen des Wahlkampfs deutlich wurde, nämlich, dass die PiS anti-ukrainische Stimmungen nutzte, um ihr Ergebnis zu verbessern und der offen anti-ukrainischen Konföderation einige Stimmen wegzunehmen. Dies dürfte das Ergebnis der PiS nicht verbessert haben, hat aber die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen Warschau und Kiew ernsthaft beeinträchtigt. Dieser unnötige Steinschlag muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Strategische Beziehungen - und dazu sollten auch die Beziehungen zur Ukraine gehören - dürfen nicht zur Geisel innenpolitischer oder gar innerparteilicher Auseinandersetzungen werden. Die neue Regierung sollte unverzüglich ihre Bereitschaft bekräftigen, die Ukraine in ihrem Krieg mit Russland weiterhin zu unterstützen, einschließlich weiterer Waffenlieferungen und voller Unterstützung für Flüchtlinge. Natürlich muss jede Regierung die Interessen ihrer eigenen Landwirte schützen, aber das kann in Form eines Dialogs mit der ukrainischen Seite geschehen. Die Regierung der PiS hingegen zog es vor, ihren eigenen Protektionismus zu propagieren, wobei sie von Präsident Duda prominent unterstützt wurde, der die Ukraine als ein ertrinkendes Land darstellte, das Polen mit in den Abgrund reißt.

### **Fixpunkt: Transatlantische Zusammenarbeit**

Die Sicherheit Polens beruht auf den engen Beziehungen zu den USA, um die sich jede Regierung nach 1989, einschließlich der PiS, gekümmert hat. Die neue Regierung wird sich in dieser Hinsicht nicht von der vorherigen unterscheiden. Die Unterschiede könnten die engeren Beziehungen zur Biden-Administration

und die vielleicht schwierigeren Beziehungen zum Weißen Haus von Donald Trump betreffen, falls es nach 2024 zu einer solchen Situation kommen sollte. In jedem Szenario wird Polen jedoch weiterhin ein Pfeiler der transatlantischen Zusammenarbeit in der Region sein, wir werden weiterhin amerikanische Verteidigungsgüter kaufen und uns für eine verstärkte amerikanische Militärpräsenz in Polen einsetzen. Andererseits ist jedoch zu bedenken, dass das Interesse der Vereinigten Staaten, die europäische Sicherheit zu gewährleisten, an ihr Ende kommt. Es ist daher unerlässlich, unsere Sicherheitspolitik, einschließlich der Industriepolitik, um eine europäische Säule zu ergänzen.

### **Wichtig sind die Interessen und die Werte**

Die Politik der neuen Regierung sollte frei von doktrinären Phobien und übermäßiger Ideologisierung sein. Polens Entscheidung für den Westen erfordert gute Beziehungen zu Deutschland. Die Erlangung einer starken Position in der Europäischen Union erfordert eine konstruktive Zusammenarbeit und - im Idealfall - die Einführung einer gemeinsamen Währung, wobei klar sein muss, dass dies ein schwieriges und langfristiges Projekt sein wird. Eine Position in der Region erfordert eine konstante und berechenbare Zusammenarbeit mit den Nachbarn, unter denen die Ukraine eine besondere Behandlung erfahren sollte. Gleichzeitig sollte die neue polnische Regierung zum Beispiel nicht zögern, Donald Trump zu gratulieren, wenn er die Wahlen 2024 gewinnt. Die neue Regierung sollte auch mit ideologisch andersdenkenden Regierungen in den Nachbarländern zusammenarbeiten, etwa mit der Regierung von Robert Fico in der Slowakei.

Dennoch lohnt es sich, Politik auf Werte zu gründen und zwischen Demokratien und autoritären Staaten zu unterscheiden. Die Beispiele der kurzlebigen Flirts der PiS-Regierung mit China, Erdogans Türkei oder auch Lukaschenkos Weißrussland (der berühmte „warmherziger Mann“) haben gezeigt, dass sich eine solche diplomatische Akrobatik nicht auszahlt und nur nach hinten losgeht und das Image des Landes schädigt.

Die neue polnische Außenpolitik sollte eindeutig pro-europäisch, freundlich gegenüber den demokratischen Nachbarn und pro-westlich sein. Diese Entscheidungen können unterschiedlich umgesetzt werden, aber für die polnische Staatsraison gibt es dazu keine Alternativen.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75968,30424777,polityka-zagraniczna-po-osmiu-latach-polska-wraca-na-europejska.html>



**GIB MIR ETWAS ZUR BERUHGUNG,  
ICH HÖRE GERADE DIE GEBETE DER PIS-ABGEORDNETEN.**

*Zsfg.: JP*

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## Tusk will die Finanzierung der In-vitro-Fertilisation wiederherstellen. Es ist bereits klar, wie Duda reagieren wird



Quelle: [natemat.pl](https://natemat.pl)

Von **Adam Nowinski**

**A**m Mittwoch soll im Sejm die erste Lesung des Bürgerprojekts zur Wiederherstellung der staatlichen Finanzierung der In-vitro-Fertilisation stattfinden, das auf Initiative der Koalition aus Bürgerkoalition [KO], Drittem Weg [Trzecia Droga - TD], und Linken auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es ist auch bereits bekannt, was Präsident Andrzej Duda tun wird, wenn der Sejm und der Senat für dieses Gesetz stimmen. „So, wie ich Präsident Duda kenne, wird er ein solches Projekt nicht blockieren, aber natürlich muss er die endgültige Fassung auf seinem Schreibtisch sehen. Was das Prinzip selbst betrifft, so wird er es nicht blockieren“, sagte Marcin Mastalerek, Leiter des Büros des Präsidenten der Republik Polen, in der Polsat-Sendung „Gość Wydarzeń“.

Der Präsidentenberater betonte, dass seines Wissens „der Präsident die Angelegenheit versteht und sich für eine Erstattung aussprechen wird“.

„Dies ist ein sehr sensibles Thema, weil es um Kinder geht. Es gibt viele Menschen, die von Kindern träumen und sie nicht bekommen können. Ich bin absolut dafür, dass der Staat hilft, sowohl in Sachen In-vitro-Fertilisation als auch bei anderen Behandlungsmethoden oder der Bekämpfung von Problemen im Allgemeinen“, fügte Mastalerek hinzu.



## **Kosiniak-Kamysz hat es angekündigt, Hołownia setzte es um**

Zur Erinnerung: Am Montag wurden die Pläne der Opposition auf der Plattform X von Władysław Kosiniak-Kamysz vorgestellt.

„Eine der ersten Entscheidungen der PiS-Regierung war die Abschaffung der Subventionen für das In-vitro-Programm. Das werden wir an diesem Mittwoch ändern und tausenden von polnischen Familien die Chance auf Glück zurückgeben!“, schrieb der Vorsitzende der Bauernpartei.

Am Dienstag wurde das Bürgerprojekt mit den Stimmen der Bürgerlichen Koalition, der Linken und des Dritten Weges auf die Tagesordnung gesetzt und wird am Mittwoch behandelt.

„Morgen, fast genau am ersten Jahrestag dieser Initiative, werden wir die Bürgerinitiative zur Wiederherstellung der Finanzierung des IVF-Verfahrens abschließen. Ich bin sehr glücklich“, sagte Donald Tusk im Sejm.

„Vor einem Jahr haben wir uns gemeinsam mit tausenden von polnischen Frauen und Männern für dieses Projekt eingesetzt. Wir haben eine halbe Million Unterschriften für dieses Projekt gesammelt, und morgen beginnt der letzte Kampf um die Hoffnungen und Träume vieler polnischer Familien von eigenen Kindern“, fügte der PO-Vorsitzende hinzu.

Er gab zu, dass er sehr stolz darauf sei und betonte, dass das Gesetz zur IVF-Finanzierung ein Vorhaben der gesamten künftigen Regierungskoalition sei.

„Ich glaube nicht, dass ein politisches Projekt so eindeutig, so enthusiastisch und mit dem gemeinsamen Willen, dieses Gesetz so schnell wie möglich zu verwirklichen, angenommen wurde, damit polnische Frauen und Männer die Hoffnung auf eine Chance, auf Elternschaft, auf Mutterschaft, auf Vaterschaft wiedererlangen können“, betonte Donald Tusk.

## **In-vitro-Fertilisation im Koalitionsvertrag**

Zur Erinnerung: Die Bestimmung über die Wiedereinführung der In-vitro-Finanzierung aus dem Staatshaushalt wurde in die Koalitionsvereinbarung zwischen der bürgerlichen Koalition, dem Dritten Weg und der Linken aufgenommen, die am 10. November unterzeichnet wurde.

Das Abkommen besteht aus 24 Bereichen. Zu Beginn wurde die Aufmerksamkeit auf die Sicherheit der Polen angesichts der beispiellosen Bedrohung durch die russische Aggression gegen die Ukraine gelenkt. Die Koalition erklärte unter anderem, dass sie „die Position Polens auf der internationalen Bühne stärken“ und „die polnischen Interessen durch eine klare und berechenbare Außenpolitik konsequent wahren“ werde.

Der zweite Punkt betonte bereits die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit. Die Regierung Tusk beabsichtigt, die durch die Handlungen ihrer Vorgänger erschütterte Rechtsordnung wiederherzustellen. „Die Gerichte werden frei von politischem Druck sein, die Staatsanwaltschaft wird unabhängig und unpolitisch sein. Wir werden die Legitimität der Arbeit der Justiz und der Verfassungsgerichtsbarkeit sicherstellen“, wurde versprochen.

## **Lohnerhöhungen, soziale Fragen und Frauenbelange im Koalitionsvertrag**

Die Koalition der demokratischen Parteien verspricht außerdem Erhöhungen für Lehrer und Beamte sowie Änderungen bei der Gesundheitsversorgung. „Wir werden die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung erhöhen. Wir werden die Obergrenzen für die Behandlung durch den Nationalen Gesundheitsfonds abschaffen. Wir werden Mechanismen zur Entschuldung der Krankenhäuser einführen und die Bewertung von Gesundheitsleistungen realistischer gestalten“, lauten einige der Forderungen in der Vereinbarung. Auch die Haushaltsausgaben für Bildung sollen erhöht werden.

Auch die Rechte der Frauen, die von der PiS-Regierung notorisch verletzt wurden, sind nicht vergessen worden. Aus der Vereinbarung geht hervor, dass die Regierenden unter anderem das Urteil des Verfassungsgerichts zum Schwangerschaftsabbruch aus dem Jahr 2020 aufheben, die medizinische Versorgung von Schwangeren und Müttern verbessern und die Rolle der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken wollen, indem sie zum Beispiel das Lohngefälle bekämpfen.

Auch für Menschen mit Behinderungen und Senioren soll es neue Versorgungsmöglichkeiten geben. „Wir werden Lösungen zur Wiederherstellung der unverfallbaren Anwartschaften von Versorgungsempfängern nach der Beamtenversorgungsverordnung einführen“, verspricht die Koalition.

### **Ökologie und Schutz von LGBT+-Menschen sind ein wichtiger Teil des Dokuments**

Die Tusk-Regierung will auch Hassreden und Handlungen gegen LGBT+-Menschen bekämpfen. „Wir werden das Strafgesetzbuch so ändern, dass Hassreden aufgrund der sexuellen Orientierung und des Geschlechts von Amts wegen verfolgt werden“, heißt es in dem Dokument.

Die neue Regierung hat auch vor, mehr Gewicht auf grüne Themen und Lösungen zu legen - unter anderem durch eine Beschleunigung der grünen Energiewende.

Darüber hinaus erklären die Koalitionsparteien, dass sie entschiedene Maßnahmen ergreifen werden, um das Schutzniveau der polnischen Wälder, Flüsse und Luft zu verbessern.

Auch die Frage der Hochschulen hat ihren Platz in der Vereinbarung. „Wissenschaft und Hochschulbildung erfordern Veränderungen, die unter anderem eine Entpolitisierung, die Wiederherstellung der Hochschulautonomie und eine höhere Finanzierung gewährleisten“, wurde betont.

Um „die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zu verbessern, müssen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich erhöht und effiziente Kanäle für den Wissensaustausch zwischen der akademischen Gemeinschaft und den Unternehmern geschaffen werden“.

**Zsfg.: JP**

<https://natemat.pl/526048.mastalerek-prezydent-duda-nie-zawetuje-ustawy-o-finansowaniu-in-vitro>

## Tusk über Untersuchungsausschüsse, Abtreibung, TVP-Sender und Nationaler Wiederaufbauplan. „Ich werde ein Weihnachtsgeschenk für die Polen haben“.



Quelle: [oko.press](https://oko.press)

**Der Vorsitzende der Bürgerplattform [PO] Donald Tusk kündigte im Sejm die Einsetzung von drei Untersuchungsausschüssen an. Und er erklärte, die Liberalisierung des Abtreibungsrechts sei seine „persönliche, nicht leichte Verpflichtung“. Außerdem kam es zu einer Auseinandersetzung mit einem Mitarbeiter von TVP-Info**

Von **Anton Ambroziak**

**W**ährend einer Pressekonferenz im Sejm bezeichnete der Vorsitzende der Bürgerkoalition, Donald Tusk, die Entscheidung von Präsident Andrzej Duda, Mateusz Morawiecki im ersten Verfassungsschritt mit der Regierungsbildung zu beauftragen, als Fehler.

„Wir haben gesagt, dass wir keine Zeit zu verlieren haben, und wir werden noch viele Tage eine Regierung haben, die keine Regierung ist, und einen Premierminister, der kein Premierminister ist. Dies ist nur ein Versuch, Geld und Zeit zu gewinnen, damit die PiS sicher in eine reich ausgestattete Position evakuiert werden kann.“, bewertete Tusk die Situation. „Es ist mit bloßem Auge sichtbar, dass diese Regierung nicht den geringsten Versuch unternimmt, die Probleme zu lösen, die ständig auftreten.“

Wenn Morawiecki die verfassungsmäßige Frist für die Regierungsbildung voll ausschöpft, obwohl er keine Chance auf eine Mehrheit hat, kann er noch fast drei Wochen lang so tun, als ob er Unterstützung für sein

Kabinetts sucht. Es ist also wahrscheinlich, dass die Regierung von Donald Tusk erst etwa Mitte Dezember gebildet wird, wenn die Initiative in dieser Hinsicht auf die parlamentarische Mehrheit übergeht.

### **Drei Untersuchungsausschüsse sollen die PiS zur Rechenschaft ziehen.**

Vorerst stellte der künftige Ministerpräsident am 21. November den Zeitplan für die Arbeit des Sejms in den nächsten Tagen und Wochen vor. „Zunächst einmal werden wir bereits morgen die Bürgerinitiative zur In-vitro-Fertilisation-Finanzierung abschließen. Es ist möglich, dass bereits am kommenden Dienstag eine Untersuchungskommission zu den Briefwahlen eingesetzt wird.“, sagte Tusk.

Auch die Kommissionen zum illegalen Lauschangriff und zum Visaskandal werden die PiS-Regierungen zur Rechenschaft ziehen. Tusk betonte, dass das Ziel dieser Kommissionen nicht nur darin bestehe, zu erklären, wie der illegale Handel mit polnischen Visa ablief, sondern auch, Schlussfolgerungen über das System zur Verhinderung irregulärer Migration zu ziehen.

Zuvor hatte der Präsident des Sejms, Szymon Hołownia, über die Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse gesprochen: „Für mich wird es sehr wichtig sein, dass diese Untersuchungsausschüsse kein weiteres politisches Theater sind, wie wir es in diesem Gebäude schon oft gesehen haben, sondern echte Kommissionen, die mit echten Kompetenzen ausgestattet die Wahrheit und die Fakten ermitteln und sich später mit anderen Dingen befassen können. Ich sehe also keine Seifenopern voraus, die sich über Monate hinziehen“, sagte Holownia.

### **Schwangerschaftsabbruch? „Eine persönliche Verpflichtung“.**

Tusk fügte hinzu, dass es auch ein Gesetz über die Offenlegung von Vermögenswerten geben wird. „Es ist im Interesse des Ansehens der politischen Klasse, dass wir ein solches Gesetz verabschieden. Ich hoffe, dass Sie hier auf die Solidarität aller Gruppierungen zählen können“, sagte Tusk.

Er kündigte außerdem an, so bald wie möglich an Gesetzen zu arbeiten, die den legalen Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche, die Pille danach und die Frauengesundheit im Allgemeinen betreffen. „Wir werden öffentlich, mit offenem Visier, mit nichtstaatlichen Gemeinschaften über die optimale Form dieser Gesetze diskutieren wollen“, erklärte Tusk.

Er fügte hinzu, dass er dies als seine persönliche, nicht leichte Verpflichtung ansieht. Und für die Gesetzentwürfe möchte er eine möglichst breite öffentliche Unterstützung gewinnen.

Auf die Frage nach der Auszahlung der Mittel vom Nationalen Wiederaufbauplan verkündete Donald Tusk den Durchbruch:

„Ich bin nach Brüssel gereist und habe über die Veränderungen in Polen gesprochen. Ich bin nicht überrascht, dass wir von den ersten Stunden an einen sehr zuverlässigen Partner geworden sind. Ob in Washington oder in der Europäischen Union, jeder dort weiß genau, dass wir der Garant für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen sind.“, sagte der KO-Chef.

Er betonte, dass er hoffe, im Fall vom Nationaler Wiederaufbauplan „ein Weihnachtsgeschenk für die Polen“ zu haben.

### **Tusk kritisiert „naiven Euro-Enthusiasmus“**

Auf die Frage, wie die KO-Abgeordneten über Änderungen der EU-Verträge abstimmen würden, antwortete Tusk, sie würden dagegen sein. „Das liegt nicht daran, dass wir gegen eine fortschreitende europäische Integration sind.“, erklärte Tusk. Er fügte hinzu, dass es darum gehe, einige der Bestimmungen nicht zu akzeptieren, ebenso wie das Tempo der Arbeit an den Änderungen. „Europa muss repariert werden, aber der naive Enthusiasmus für die Integration ist der dümmste Weg. Wir erinnern uns an den Brexit.“, sagte Tusk.

Er fügte hinzu, dass Polen im Hinblick auf die EU-Integration noch viel zu tun habe. „Heute sehe ich auf der politischen Bühne eine Gruppe von vernünftigen Menschen, egal welcher Partei. Und niemand von uns wird sich in Manöver verwickeln lassen, die die polnischen Interessen und die Unabhängigkeit einschränken“, erklärte der KO-Chef. „Den Polen zu erzählen, dass die EU eine Bedrohung für unser Land ist, dieser politische Unsinn, der von Kaczyński und der PIS präsentiert wird, bringt Polen in Gefahr.“

Souveränität gewinnt man nicht durch haufenweise Resolutionen, Souveränität gewinnt man durch tägliche Arbeit, nicht durch die Hetze gegen Menschen, die etwas Seltsames in ihren Augen haben.“

### **Auseinandersetzung mit einem TVP-Info-Mitarbeiter**

Während der Konferenz kam es auch zu einem verbalen Schlagabtausch mit Miłosz Kłeczek, einem Mitarbeiter von TVP Info. „Ich bin jetzt alt, aber ich bin immer noch überrascht, wenn ich Funktionäre des öffentlichen Fernsehens höre, ich bin immer noch überrascht, dass so etwas mit den öffentlichen Medien passiert ist“, sagte Tusk. „Ich schaue Sie an und meine Neugierde wird geweckt, und ich würde es vorziehen, dass ihr aufhört zu verheimlichen, wer illegal Material von dem CBA [Zentrales Antikorruptionsbüro] erhalten hat. Das ist der perfekte Zeitpunkt, um jetzt damit anzufangen, denn diese Fragen werden ohnehin im Untersuchungsausschuss gestellt werden.“

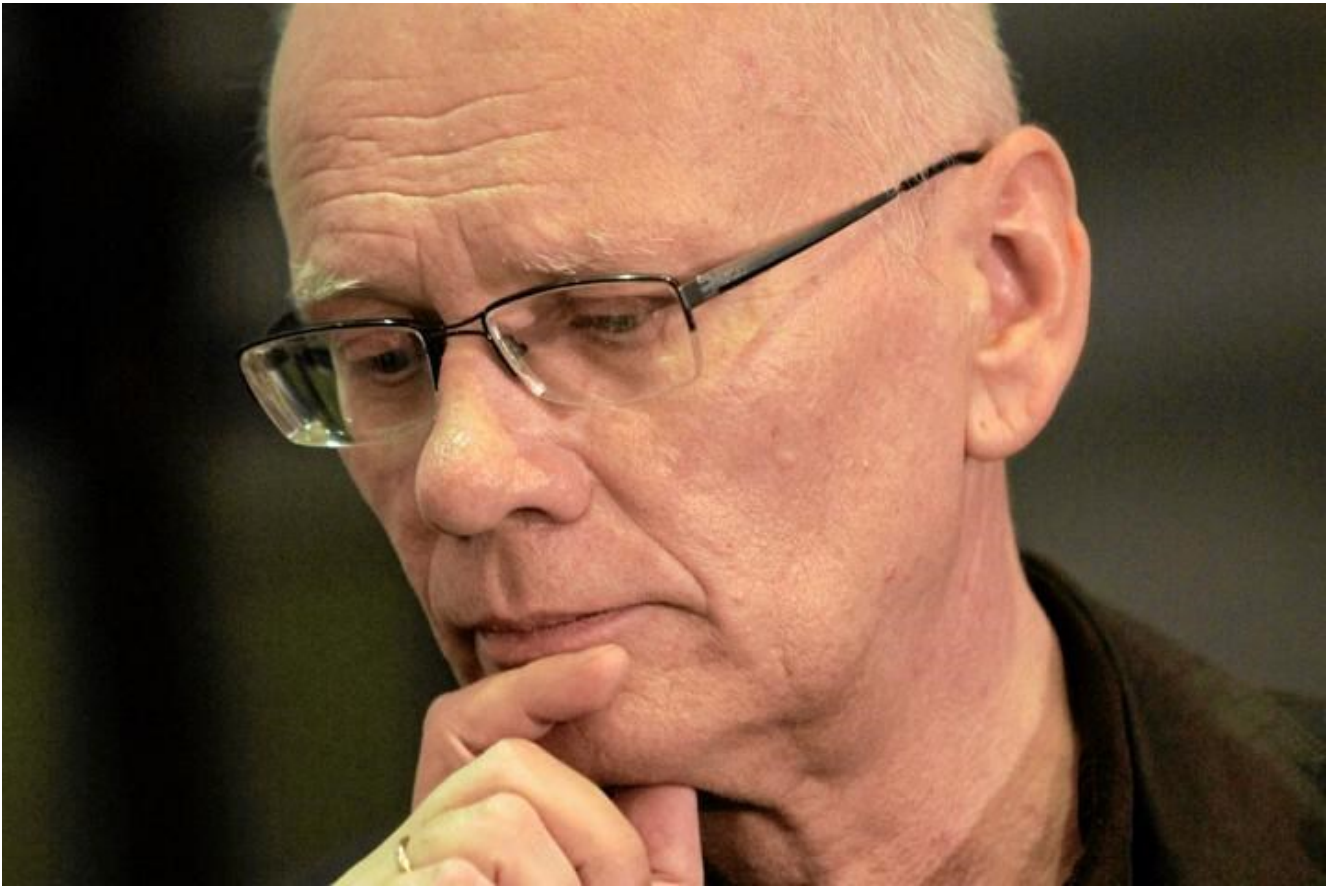
Als Kłeczek fragte, wie Tusk die TVP „demontieren“ wolle, bat ihn der KO-Chef zunächst, die Hand aus der Tasche zu nehmen, und sagte dann: „Sie werden das sicher zu gegebener Zeit erfahren“.

Als er versuchte, das Wort zu ergreifen, sagte der TVP-Info-Mitarbeiter, Donald Tusk sei kein „Diktator“, sondern nur ein „Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten“. Zuvor hatten Kameras aufgezeichnet, wie Kłeczek Jan Grabec (KO), der die Konferenz leitete, bedrängte.

**Zsfg.: JP**

<https://oko.press/tusk-o-komisjach-sledczych-aborcji-tvp-i-kpo>

## Tusk ist gegen Änderungen der EU-Verträge



Adam Szostkiewicz

Quelle: [tokfm.pl](https://tokfm.pl)

Von **Adam Szostkiewicz**

**D**onald Tusk hat verkündet, dass die EU zwar eine Integration braucht, aber keine chaotischen Änderungen an den Verträgen, auf denen sie beruht. Damit entschärft Tusk das PiS-Märchen über die Brüsseler Verschwörung zur angeblichen Vernichtung des polnischen Staates und dessen Unterwerfung unter die deutsche Vorherrschaft. Kaczyński macht Angst mit Änderungen an den EU-Verträgen, die dazu führen würden. Unterdessen kündigte Tusk auf einer Pressekonferenz an, dass die PO-Delegation im Europäischen Parlament gegen diese Änderungen stimmen wird, wenn sie nicht den Interessen Polens dienen.

Dabei geht es vor allem um zwei Vorschläge im Bericht zur Lage der EU: die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel bei Abstimmungen im Europäischen Rat (wo sie noch erforderlich ist) und die Regeln der EU-Migrationspolitik (wo sie einen Zustrom von Migranten ohne Papiere verursachen könnten).

Bedeutet dies, dass sich Tusk in diesen Fragen der PiS anschließt? Ganz und gar nicht. Tusk will nicht mit dem Rücken zur Union stehen, wie Kaczyński, sondern an ihrer Seite, also kooperieren. Es wäre absurd, wenn sich der ehemalige Präsident des Europäischen Rates auf die Seite der antieuropäischen Rechtspopulisten wie Orbán und Kaczynski stellen würde. Tusk, der sich auf die Übernahme der Regierung vorbereitet, wollte eine klare Position zu einem wichtigen Thema einnehmen: Welche Veränderungen die Union in einer schwierigen Zeit offensiver Anti-EU-Kräfte und des Krieges in der Ukraine wirklich braucht. Eine klare Position der Staats- und Regierungschefs hilft bei der Entwicklung einer gemeinsamen EU-

Politik. Die Union basiert auf einer freiwilligen Gemeinschaft von Mitgliedstaaten. Nach Ansicht von Tusk sind weitere Diskussionen zu beiden Themen erforderlich.

Das Einstimmigkeitsprinzip impliziert die Notwendigkeit eines gesunden Kompromisses zwischen den Mitgliedstaaten. Die Idee, es abzuschaffen, rührt unter anderem von der Obstruktionspolitik und der Anfechtung durch die Euroskeptiker in der EU her. Es ist ärgerlich, dass Orbáns Ungarn oder Kaczyńskis Polen das Veto erpressen und die Konsensfindung in der EU blockieren können, anstatt sich zu ernsthaften Diskussionen über wichtige Themen zusammzusetzen. Die vorgeschlagene Änderung würde diesen Politikern diese Möglichkeit nehmen. Und die Union wäre in der Lage, schneller und effizienter zu handeln, was die Bürger erwarten.

Doch es gibt ein Problem. Denn dieses Prinzip ist ein Schutz der kleineren Mitgliedsstaaten vor der Dominanz der größeren, d. h., es drückt den Gemeinschaftscharakter der supranationalen EU aus. Nicht immer stimmen die Interessen der Kleinen mit denen der Großen überein. Deshalb ist es notwendig, einander zu überzeugen, bis ein gemeinsamer Nenner gefunden ist, und nicht einer Minderheit mit einer Mehrheit in strittigen Fragen zu drohen.

Das ist das Problem mit den Migranten. Polen braucht Arbeitskräfte, aber wir haben das Recht, die Kompetenz und die Absichten der Neuankömmlinge zu überprüfen. Polen befindet sich heute in einer schlechten wirtschaftlichen Lage und sollte sich für diejenigen öffnen, die bereit sind, hier zu leben und zu arbeiten. Es hat auch die Pflicht, Migranten, die diese Bedingungen nicht erfüllen, human zu behandeln. Dies erfordert jedoch die Entwicklung einer gemeinsamen und kohärenten EU-Politik gegenüber Migranten.

Die Position von Tusk deckt sich nur formal mit der von PiS. Tusk will ein stärkeres und effizienteres Europa, kein schwächeres und widersprüchliches, das unfähig ist, den Anti-EU-Kräften zu widerstehen. Mehr, nicht weniger, Zusammenarbeit und Integration auf der Grundlage eines gemeinschaftlichen Ethos. Gleichzeitig möchte Tusk Premierminister eines regierungsfähigen Polens sein. Er will die EU-Mittel freigeben lassen, die Polen gewährt wurden und die aufgrund der Ablehnung des Gemeinschaftsprinzips durch das Kaczyński-Lager blockiert waren. Er will Polens Rückkehr nach Europa, nicht den Polexit. Er entwaffnet die EU-feindliche Haltung des PiS-Lagers, um der PiS-Propaganda keinen Vorwand für falsche Anschuldigungen zu liefern, dass er ausländische und nicht polnische Interessen vertritt.

Eine Reform der Union, wo sie notwendig ist, dient sowohl der Union als auch Polen. Es sollte aber nur das geändert werden, was geändert werden muss. Für Kaczyński ist der schwarze Traum eine gemeinschaftliche Union, d. h. nicht nur die Gewährleistung des freien Kapitalverkehrs, sondern auch die Verwirklichung bestimmter Ziele und Werte, die als europäisch bezeichnet werden. Dazu gehören vor allem die Menschen- und Bürgerrechte und Kooperation statt Konfrontation. Das ist die Art von Union, die das Tusk-Lager will.

**Zsfg.: JP**

<https://szostkiewicz.blog.polityka.pl/2023/11/22/tusk-przeciw-zmianom-traktatow-unijnych/?nocheck=1>

## Rechte Abgeordnete dämonisieren In-vitro-Befruchtungen: Das Töten von Brüdern und Schwestern. Ein Arzt erklärt, was wahr daran ist



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

**Z**ootechniker, die Embryonen in den Ausguss schütten, Brüder und Schwestern töten, Frauen traumatisieren, ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden und schließlich „einen großen Teil der Kinder abtreiben“. Dies ist nur ein Teil dessen, was rechte Abgeordnete im Sejm über In-vitro-Befruchtungen sagten, und damit Schmerzen und Demütigungen für Paare, die diese Methode anwenden, verursachten. Wie viel Wahrheit steckt da drin? Wir haben den gynäkologischen Onkologen, Geburtshelfer und Perinatalmediziner Dr. Maciej W. Socha gebeten, Fakten von Mythen zu trennen. „Diese Aussagen zeigen, wie tief das Missverständnis über die menschliche Fortpflanzung sitzt und wie wichtig die Aufklärung in diesem Bereich ist“, erklärt er in einem Interview mit Onet.

Am Mittwoch fand im Sejm die erste Lesung eines Bürgergesetzentwurfs zur Finanzierung der In-vitro-Fertilisation aus dem Staatshaushalt statt. Demnach soll der Gesundheitsminister ein gesundheitspolitisches Programm für die Behandlung von Unfruchtbarkeit entwickeln, umsetzen, durchführen und finanzieren das medizinisch unterstützte Fortpflanzungsverfahren, einschließlich der In-vitro-Fertilisation, umfasst. Die Antragsteller argumentieren, dass das In-Vitro-Verfahren aufgrund der hohen Kosten derzeit nur begrenzt verfügbar ist. Der Inhalt des Entwurfs wurde von einigen Mitgliedern der Rechten abgelehnt. Einige von ihnen bewerteten die moralischen Aspekte des In-vitro-Verfahrens mit harten Worten und beriefen sich auf medizinische Daten, die offenbar wenig mit der Wahrheit zu tun haben. (...)

„Ich würde gerne wissen, wie die Statistiken aussehen. Wie viele vorselektierte Embryonen wandern in den Ausguss, in die Kanalisation, und wie viele bleiben nach der Selektion, ich wiederhole, nicht auf der Rampe von Auschwitz, sondern im Glas des Labors. Wie viele bleiben in Thermoskannen, in Kübeln, bei



verschiedenen Professoren, Ärzten, Tierzüchtern aus der Hölle, die die menschliche Hilflosigkeit, die menschliche Sehnsucht nach Nachwuchs ausnutzen. Wie viel gibt es davon“, fragt vom Rednerpult der Abgeordnete der rechten Konföderation Grzegorz Braun.

„Ich weiß nicht, was für eine Ausbildung Herr Braun hat, aber er ist offensichtlich bestrebt, sich zu äußern, obwohl er nicht die geringste Ahnung von Fortpflanzung hat“, so Dr. Socha. „Applaus für die schöne Rhetorik, aber bei der Beantwortung der Fragen von Herrn Braun sollte man beachten, dass alle Zentren, die medizinisch unterstützte menschliche Reproduktionstechniken anbieten, verpflichtet sind, alle medizinischen Prozesse zu überwachen, angefangen bei der Qualifizierung der Patienten über die Entnahme von Keimzellen bis hin zu den Vorschriften für die Lagerung und den Transport von Gameten und Embryonen“, betont der Gynäkologe und erinnert daran, dass dies durch das Gesetz über die Behandlung von Unfruchtbarkeit, das in Polen seit dem 1. November 2015 in Kraft ist, sowie durch andere aktuelle Rechtsakte und Empfehlungen wissenschaftlicher Gesellschaften auf der Grundlage medizinischer Erkenntnisse geregelt ist.

„Ich würde mit Nachdruck sagen, dass dies die Sicherheit der Behandlung von Patienten, ihrer Keimzellen und der daraus entstehenden Embryonen gewährleistet. Niemand schüttet Embryonen in den Ausguss, und auch in der Zeit, als das Gesetz noch nicht in Kraft war, hat die medizinische Ethik ein solches Verhalten nicht zugelassen“, sagt der Arzt und weist darauf hin, dass dies in dem genannten Gesetz sogar geregelt ist. Artikel 86 besagt eindeutig, dass die Zerstörung von Embryonen mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren geahndet wird.

Die Regeln für den Umgang mit „überzähligen Embryonen“ sind sehr einfach: „Wenn es einem Paar gelingt, einige Embryonen zu erhalten, was ich jedem von Herzen wünsche, werden die nicht in die Gebärmutterhöhle injizierten Embryonen eingefroren und in eine, wenn man kein besseres Wort hat, Thermoskanne gelegt“, erklärt der Gynäkologe, die dafür sorgt, dass alle biologischen Prozesse im Embryo gestoppt werden und er in flüssigem Stickstoff oder dessen Dampf gelagert wird.

„Es handelt sich um eine anerkannte und sichere Methode, die es einem Paar ermöglicht, seine Chancen auf Nachwuchs zu erhöhen. Die Wirksamkeit der IVF hängt zum großen Teil davon ab, ob der in die Gebärmutterhöhle eingesetzte Embryo genetisch korrekt ist. Sowohl bei der natürlichen Befruchtung als auch bei der IVF-Behandlung haben je nach Alter der Frau bis zu mehreren zehn Prozent der Embryonen abnormales genetisches Material und können sich nicht entwickeln, so dass sie nicht schwanger werden können. Daher ist es eine Art Segen, eingefrorene Embryonen für den nächsten Transfer zu haben“, betonte er.

Er fügte hinzu, dass beim derzeitigen Entwicklungsstand der Medizin und der Embryologie die Spezialisten in der Lage sind, genetische Präimplantationstests am Embryo durchzuführen, die es ermöglichen, den richtigen Embryo auszuwählen und die Chancen auf eine erfolgreiche Behandlung zu erhöhen. Die vom Abgeordneten der Konföderation erwähnten Zootechniker sind nicht beteiligt. „Das embryologische Verfahren selbst wird von Fachleuten durchgeführt, die in Embryologie ausgebildet sind, und ich habe noch nie gehört, dass einer oder eine von ihnen aus der Hölle kommt“, scherzt er lachend.

**Józefa Szczurek-Żelazko, Abgeordnete der PiS vom Rednerpult des Sejms:** „Bei dieser Methode werden viele Embryonen erzeugt, von denen die stärksten in den Körper der Mutter eingepflanzt werden, während das Schicksal der anderen Embryonen variiert. Die Wirksamkeit dieser Methode schwankt zwischen 33 und 40 Prozent.“

In seiner Antwort erinnerte der Gynäkologe noch einmal daran, dass die Beurteilung von Struktur und Entwicklung des Embryos ein wesentlicher Bestandteil des Verfahrens der In-vitro-Fertilisation ist. Bei der IVF-Behandlung werden die Embryonen übertragen, die „die besten Chancen haben, eine Schwangerschaft zu erzeugen und schließlich ein gesundes Kind zur Welt zu bringen und das nach der Geburt gesund nachhause kann.“

„Wir wissen, dass ein Teil der befruchteten Eizellen (unabhängig davon, ob sie im Eileiter oder in vitro befruchtet wurden) abnormales genetisches Material aufweisen und degenerieren, ohne zu einer

Schwangerschaft zu führen“, erklärt der Arzt und fügt hinzu, dass deshalb in der Praxis zunächst korrekt aufgebaute und sich entwickelnde Embryonen in die Gebärmutterhöhle eingebracht werden.

„Wenn die Embryonen untersucht und die genetisch normalen Embryonen in die Gebärmutterhöhle übertragen werden, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft. Natürlich wird es aus verschiedenen Gründen nicht immer beim ersten Mal klappen, aber nach drei aufeinanderfolgenden Transfers euploider (genetisch normaler) Embryonen werden 90 Prozent der Paare schwanger, unabhängig vom Alter der Frau“, betont er. Was die Behauptung über das „unterschiedliche Schicksal der verbleibenden Embryonen“ angeht, verweist der Arzt erneut auf das Gesetz.

#### **Katarzyna Sójka (PiS): „Das Projekt sollte sachlicher sein.“**

„Aus diesem Gesetz geht hervor, dass das Verfahren der In-vitro-Fertilisation nach Ausschöpfung anderer Behandlungen während eines Zeitraums von mindestens 12 Monaten durchgeführt werden kann. Dies ist nur ein Hinweis darauf, dass dieser Gesetzesentwurf inhaltlicher und präziser sein sollte, dass er sich auf größere Bereiche erstrecken sollte und dass er sicherlich weiter ausgearbeitet werden muss“, sagte die derzeitige Gesundheitsministerin, Katarzyna Sójka. Dr. Socha wies darauf hin, dass die In-vitro-Fertilisation (IVF) ein international anerkanntes medizinisches Verfahren ist, das zur Behandlung unfruchtbarer Paare eingesetzt wird. „Die Ärzte, die mit dieser Methode behandeln, sind auf der Grundlage der klinischen Indikationen und des Gesundheitszustands des Paares voll befähigt, sie anzuwenden, und ich bitte darum, die Qualifikation für diese Methode den Gynäkologen zu überlassen“, erklärt er mit Nachdruck.

#### **Maria Kurowska (PiS): „Das Leben eines Kindes wird durch den Tod von sechs seiner Brüder und Schwestern erkaufte.“**

„Was mich an der IVF erschreckt, ist vor allem die geringe Effizienz dieser Methode und ein Verfahren, bei dem sechs Embryonen erzeugt werden, von denen sich im Durchschnitt vier normal entwickeln, und ein oder zwei Embryonen in den Körper der Mutter übertragen werden. Die Mehrheit stirbt dann bei diesem Verfahren. Im Jahr 2020 wurde von den 38 Prozent der eingepflanzten Embryonen ein Baby geboren. Der Rest ist dabei umgekommen“, sagte die Abgeordnete der Rechten im Sejm. Sie fügte hinzu, dass „wenn wir davon ausgehen, dass alle Embryonen menschliche Personen sind, und das sind sie, dann wird das Leben eines Kindes im Durchschnitt durch den Tod von sechs seiner Brüder und Schwestern erkaufte“.

„Die meisten Embryonen werden eingefroren, und bis heute haben wir 120 000 eingefrorene Mädchen und Jungen. Nach dem Auftauen sind die meisten von ihnen tot. Die Finanzierung der IVF wird dazu führen, dass mehr Kinder geboren werden und noch mehr unserer polnischen Kinder sterben oder eingefroren werden.“ Die Abgeordnete der PiS erklärte außerdem, dass „In-vitro-Fertilisation eine künstliche Befruchtung und keine Methode zur Behandlung von Unfruchtbarkeit ist, die zudem sehr anstrengend für die Frau ist und dreimal durchgeführt werden darf, um den Tod oder den Verlust der Gesundheit zu verhindern“. „Hinzu kommt die traurige Tatsache, dass ein großer Teil der IVF-Babys abgetrieben wird. Die meisten Paare verlassen die Kliniken zutiefst traumatisiert und ohne Kind, weil die Erfolgsquote nur 30-40 Prozent beträgt“, fügte sie hinzu.

„Diese Aussage zeugt von einem grundlegenden Missverständnis über die menschliche Fortpflanzung und ist ein Hinweis darauf, wie wichtig Aufklärung in diesem Bereich ist“, bewertete der Arzt die Argumentation von Frau Kurowska. „Embryonen ‚kommen um‘ auch während der Befruchtung im Eileiter, und wie beim IVF-Verfahren werden sich einige Embryonen nicht richtig entwickeln. Die Einnistungsrate ist bei uns Menschen als Tierart relativ niedrig und beträgt je nach Alter der Frau nur etwa 20 bis 25 Prozent pro Zyklus, weshalb die menschliche Fruchtbarkeitsrate insgesamt so niedrig ist“, erklärt der Gynäkologe. Er selbst wendet sich entschieden gegen die - wie er es ausdrückt - „Religiösierung“ der Wissenschaft. „Die IVF selbst sollte nicht gefürchtet, sondern nur verstanden werden“, unterstreicht er.

„Genetisch abnorme, geschädigte Embryonen, die sich nicht entwickeln, sind auch keine Brüder oder Schwestern. Folgt man einer solche Darstellung, müsste man zu dem Schluss kommen, dass jedes Paar, das sich für Geschlechtsverkehr zu Fortpflanzungszwecken entscheidet, auch den Tod von Embryonen im Körper der Frau in Kauf nimmt - von solchen, die sich nicht einnisten, weil sie abnormal sind. Das ist einfach Biologie!“

Der Gynäkologe weist darauf hin, dass die In-vitro-Fertilisation nichts Anderes ist als die Nachahmung biologischer Vorgänge „im Glas“, die im Eileiter nicht ablaufen können (die Eileiterverstopfung ist historisch gesehen die erste der medizinischen Indikationen für IVF). Andererseits ist die Einschränkung des Zugangs zu diesem Verfahren nicht auf seine angebliche Gefährlichkeit zurückzuführen, sondern auf wirtschaftliche Gründe. „Viele Paare können es sich einfach nicht leisten, es noch einmal zu versuchen“, fasst er zusammen.

Im Sejm werden die Debatten über den Bürgergesetzentwurf zur Finanzierung von in vitro aus dem Staatshaushalt fortgeführt. Die Fraktionen haben ihre Unterstützung für das weitere Verfahren angekündigt. Über den Ablehnungsantrag der Konföderation wird am 28. November abgestimmt.

**Zsfg.: AV**

<https://www.onet.pl/styl-zycia/onetkobieta/poslowie-prawicy-demonizuja-in-vitro-zabijanie-braci-i-siostr-lekarz-tlumaczy-gdzie/zfjq6tp,2b83378a>

## Marek Suski „Klimablödsinn des Jahres“ leitet den Klimate Ausschuss. „Ich hoffe, er hat sich weitergebildet“



Quelle: [oko.press](https://oko.press)

Die neue demokratische Mehrheit im Sejm hat am 21. November über die Zusammensetzung der Parlamentsausschüsse abgestimmt. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Fraktionen erhielt die PiS den Vorsitz in nur zwei Ausschüssen: Seewirtschaft und Binnenschifffahrt sowie Energie, Klima und Staatsvermögen. Das wäre nicht weiter verwunderlich, wäre da nicht die Tatsache, dass der Vorsitzende des „Klima“-Ausschusses Marek Suski ist, ein Mitglied der PiS, dessen Wissen über die Klimakrise - wie aus seinen Äußerungen hervorgeht - vernachlässigbar ist, um nicht zu sagen, gleich null.

Der Abgeordnete des Landkreises Radom Suski ist so ahnungslos in Bezug auf die Klimakrise, den Ursprung der globalen Erwärmung und andere damit zusammenhängende Fragen, dass er die Wahl zum „Klima-Blödsinn des Jahres“ des Portals „Lehre vom Klima“ 2021 gewonnen hat.

Suski sagte damals, dass „unsere Wälder und unsere grünen Pflanzen mehr CO<sub>2</sub> absorbieren, als wir freisetzen“ und gewann die Online-Umfrage des Portals vor zwei anderen PiS-Vertretern: dem Europaabgeordneten Patryk Jaki und Jarosław Kaczyński selbst.

„Der Inhalt [der Aussage des Abgeordneten Suski] steht in völligem Widerspruch zu dem, was die Nationale Bilanzierungs- und Emissionsmanagement-Zentrale (KOBiZE) in ihren Berichten ausweist. Laut KOBiZE hat Polen im Jahr 2019 etwa 319,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert, wovon die Wälder zusammen mit den Nutzpflanzen nur etwa 17 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> absorbiert haben - das sind etwa 5 Prozent der Gesamtemissionen unseres Landes“, schrieb das Portal Climate Science in der Begründung für die Anti-Auszeichnung.

## **Eine Belohnung für Ignoranz?**

Es ist das zweite Mal, dass der Abgeordnete Suski den Klimaausschuss leiten wird - in der letzten Legislaturperiode des Sejms vertrat er die damalige parlamentarische Mehrheit in dem Ausschuss. „Umso überraschender ist es, dass er den Posten nach den Wahlen im Oktober erneut übernommen hat“, bemerkt Aleksandra Kardaś, Chefredakteurin des Portals „Lehre vom Klima“, Atmosphärenphysikerin und Wissenschaftspopularisatorin, die die Volksabstimmung über den Klima-Unsinn des Jahres koordiniert. „Es ist, als ob der Gesundheitsausschuss von einer Person geleitet würde, die glaubt, dass das beste Heilmittel für jede Krankheit Tee mit Himbeeren ist. Mehr oder weniger diesen Wissensstand hat der Abgeordnete Suski in der Erklärung, für die wir ihn ausgezeichnet haben, gezeigt“, so Kardaś zu OKO.press. „Ich hoffe, dass der Abgeordnete Suski bereits gelernt hat, wie der Kohlenstoffkreislauf in der Natur funktioniert, obwohl seine Aussage von vor zwei Jahren nicht gerade optimistisch stimmt“, fügt sie hinzu.

## **Henning-Kloska: Man kann ihn immer austauschen**

Die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, die Abgeordnete Paulina Hennig-Kloska (Polen 2050 - Dritte Weg) versichert, dass der Abgeordnete Suski keinen großen Einfluss auf die Arbeit des Ausschusses haben wird. „Natürlich sind wir beunruhigt über Herrn Suskis mangelndes Wissen über Klimafragen - genauso wie wir beunruhigt sind über das mangelnde Wissen zu diesem Thema in der gesamten Fraktion der PiS. Glücklicherweise werden die für die Klimapolitik wichtigen Gesetzentwürfe wahrscheinlich in gemischten Ausschüssen behandelt, wo der Abgeordnete Suski nicht so viel Macht hat“, sagt Hennig-Kloska. Es heißt aber, dass die Abgeordnete von Polen 2050 Suskis Ausschuss bald verlassen wird, um Klimaministerin in der Regierung von Donald Tusk zu werden.

„Wir können fehlende Wissen von Herrn Suski verkraften, ebenso wie seine politische Herangehensweise an einen so wichtigen Bereich wie Energie, Klima und Staatsvermögen. Wir werden auch mit einer möglichen Obstruktionspolitik des Ausschussvorsitzenden fertig werden, der ja immer ausgetauscht werden kann“, fügt die Abgeordnete hinzu.

## **Suski hat verhandelt und sich selbst ausgehandelt**

Wie kam es dazu, dass Marek Suski überhaupt Vorsitzender eines so wichtigen Ausschusses wurde? Hennig-Kloska zufolge war dies das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Fraktionen über die Besetzung der parlamentarischen Ausschüsse. Verhandlungen, die auf der Seite von PiS von... Suski selbst geleitet wurden.

„Der Abgeordnete Suski verhandelte im Namen der PiS-Fraktion über die Verteilung der Posten der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden und kämpfte, soweit ich weiß, erfolgreich um einen Posten für sich selbst“, ironisiert die Abgeordnete von Polen 2050.

Die Abgeordnete Hennig-Kloska versichert, dass der Ausschuss den Gegenstand seiner Arbeit angemessen berücksichtigen wird.

**Zsfg.: AV**

<https://oko.press/suski-szefem-komisji-ds-klimatu>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [rp.pl](https://rp.pl)

„Laut Präsident Duda spielt es keine Rolle, wer im Weißen Haus wohnt. Ich will den Autor dieses unauffällig klugen Gedankens nicht ängstigen, aber in diesem Zusammenhang scheint sogar der Kronleuchter [im Präsidentenpalast] funktionaler zu sein als er selbst.“

**Marek Belka** - polnischer Ökonom und Professor für Wirtschaftswissenschaften

Quelle: <https://x.com/profMarekBelka/status/1725411074227273794?s=20>

## **euroactiv.de**

Polen: Bevölkerung zweifelt an Bildung einer PiS-Regierung

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polen-bevoelkerung-zweifelt-an-bildung-einer-pis-regierung/>

---

## **zeit.de**

EU-Kommission empfiehlt Freigabe von Milliardenhilfen für Polen

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/polen-eu-kommission-freigabe-coronahilfen>

---

## **sueddeutsche.de**

"Nicht mein Premier"

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-andrzej-duda-donald-tusk-1.6306258>

---

## **tagesschau.de**

Brüssel und Polen kommen sich näher

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-eu-kommission-100.html>

---

## **spiegel.de**

3000 Lastwagen stehen an polnisch-ukrainischer Grenze

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ukraine-3000-lastwagen-stehen-auf-polnischer-seite-der-grenze-a-aadb2f8e-8fb2-4078-ba21-2e54d0f048b5>

**DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

**POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

**REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik